

ENTREE EN PREMIERE ANNEE
DOUBLE DIPLÔME FRANCO-ALLEMAND

ANNALES DE L'EPREUVE D'ALLEMAND

Durée 1h30 – coefficient 3

Die Zeit, von Sina Metz am 6. Januar 2026 (Artikel leicht gekürzt und bearbeitet).

Macht KI uns dumm ?

Verlernen wir durch künstliche Intelligenz das kritische Denken? Glaubt man dem Medienecho auf eine im Sommer erschienene Studie, lautet die Antwort eindeutig: ja. „ChatGPT könnte kritisches Denken erodieren“, titelte das *Time Magazine*, der *Telegraph* schrieb sogar: „KI-Nutzung macht dich dumm“. Die Sorge scheint plausibel. Chatbots fassen komplexe Sachverhalte in Sekunden zusammen. Warum noch Bücher lesen, lange Texte durcharbeiten oder sich mühsam durch wissenschaftliche Aufsätze kämpfen, wenn ein Prompt genügt?

Doch so einfach ist die Sache nicht. Schon ein genauer Blick auf die Studie, die das Medienecho ausgelöst hat, zeigt: Die Schlussfolgerungen gehen weiter, als die Daten es erlauben.

Geleitet wurde die Studie von Nataliya Kos'myna, Forscherin für Mensch-Maschine-Interaktion am MIT Media Lab. Untersucht wurde nicht, ob KI Menschen „dumm“ macht, sondern was im Gehirn passiert, wenn Menschen beim Schreiben eines kurzen Aufsatzes unterschiedliche Hilfsmittel nutzen. Eine Gruppe durfte einen Chatbot verwenden, eine zweite nur eine klassische Suchmaschine, eine dritte schrieb ohne externe Hilfe. Währenddessen wurde die Gehirnaktivität der Studierenden gemessen.

Das Experiment lief über mehrere Monate. In einer späteren Sitzung tauschten die Gruppen ihre Rollen. Anschließend wurden die Teilnehmenden interviewt und gebeten, die wichtigsten Inhalte ihrer Texte zusammenzufassen.

Das Ergebnis: Bei Chatbot-Nutzern war die gemessene Gehirnaktivität geringer als bei den anderen Gruppen, am höchsten war sie bei jenen, die ganz ohne Hilfsmittel arbeiteten. Die Forschenden interpretierten dies als geringere kognitive Belastung: Wer sich auf externe Tools verlässt, muss weniger Denkarbeit leisten.

Nicht alle Fachleute teilen diese Deutung. Die Linguistin und Neurowissenschaftlerin Sabrina Turker von der Universität Wien hält das Ergebnis für wenig überraschend. Wer mit KI einen Text schreibt, erledigt die Aufgabe schlicht einfacher und schneller. Dass sich Chatbot-Nutzer schlechter an ihre eigenen Texte erinnerten, zeige vor allem, dass man sich Inhalte besser merkt, die man selbst formuliert hat. Ein direkter Test der kritischen Denkfähigkeit wurde in der Studie nicht durchgeführt, ebenso wenig ein Vergleich der kognitiven Fähigkeiten vor und nach der Nutzung von KI. Langfristige Effekte lassen sich daraus nicht ableiten.

Auch andere Studien konnten bislang keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen KI-Nutzung und sinkender Denkfähigkeit nachweisen. Einige Arbeiten zeigen jedoch, dass Menschen Probleme seltener eigenständig lösen, wenn sie häufig KI-Tools einsetzen. Unklar bleibt dabei die Richtung des Effekts: Nutzen Menschen KI, weil sie weniger kritisch denken – oder denken sie weniger kritisch, weil sie KI nutzen?

Unbestritten ist, dass das Gehirn Fähigkeiten verliert, wenn es sie nicht regelmäßig einsetzt. Dieses Auslagern geistiger Arbeit ist nicht neu und wird als „cognitive offloading“ bezeichnet. Wir speichern Telefonnummern im Smartphone, verlassen uns auf Navigations-Apps oder Suchmaschinen. Studien zeigen, dass Menschen sich Informationen schlechter merken, wenn sie wissen, dass sie jederzeit abrufbar sind – ein Phänomen, das als „Google-Effekt“ bekannt wurde.

Neu ist jedoch das Ausmaß. KI-Tools können nicht nur Informationen liefern, sondern ganze Denkprozesse übernehmen. Gerade unter Zeitdruck greifen Studierende häufiger auf Chatbots zurück, prokrastinieren stärker und behalten Inhalte schlechter. Das deutet darauf hin, dass Bequemlichkeit und Effizienz langfristig einen Preis haben könnten.

Besonders kritisch sehen Forschende die wachsende Bedeutung von Zusammenfassungen. Die Leseforscherin Maryanne Wolf warnt seit Jahren vor den Folgen der Digitalisierung für unsere Denkfähigkeit. Lesen sei ein komplexer kognitiver Prozess, der viele Gehirnregionen gleichzeitig aktiviert.

Es fördert Konzentration, Erinnerung und kritisches Denken. Zusammenfassungen mögen Zeit sparen, rauben dem Gehirn aber genau diese Übung – vor allem bei literarischen oder argumentativen Texten.

Studien zeigen zudem, dass Menschen beim digitalen Lesen ohnehin weniger behalten und seltener tief in Texte eintauchen. KI könnte diesen Trend verstärken. Ulrike Cress vom Leibniz-Institut für Wissensmedien warnt, dass oberflächliche Zusammenfassungen bestehende Überzeugungen bestätigen und die Anfälligkeit für manipulative Botschaften erhöhen können.

Gleichzeitig plädiert sie für Differenzierung. Zusammenfassungen können helfen, sich einen Überblick zu verschaffen oder komplexe Fachtexte überhaupt erst zugänglich zu machen. Entscheidend ist, wie und wofür sie genutzt werden.

Am Ende geht es weniger um die Frage, ob KI uns dumm macht. Sondern darum, wann wir Denken auslagern wollen – und wann wir bewusst Zeit und Mühe investieren. Die schnelle Antwort ist oft nur einen Prompt entfernt. Ob wir sie akzeptieren oder hinterfragen, bleibt unsere Entscheidung.

Fragen zum Text (8 Punkte)

1. Welche zentrale Fragestellung behandelt der Artikel, und warum ist sie laut Autorin komplexer (Zeile 11) als es viele Medienberichte darstellen? (2 Punkte)
2. Was wurde in der MIT-Studie (Zeile 15) tatsächlich untersucht, und weshalb lassen sich daraus keine eindeutigen Aussagen über den langfristigen Einfluss von KI auf kritisches Denken ableiten? (2 Punkte)
3. Was versteht man unter dem Begriff „cognitive offloading“ (Zeile 43-44), und welche Beispiele aus dem Alltag werden im Text genannt, um dieses Phänomen zu erklären? (2 Punkte)
4. Welche Chancen und Risiken sehen die im Artikel zitierten Forschenden im Einsatz von KI-generierten Zusammenfassungen (Zeile 53-54) für das Denken und Lernen? (2 Punkte)

Schriftlicher Ausdruck (12 Punkte)

Der Begriff "KI-Ära" ist zum Wort des Jahres 2025 gewählt worden. Der wachsende Einfluss von künstlicher Intelligenz stehe für einen "epochalen Wandel", teilte die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) mit. Es sei zu erwarten, dass sich die zunehmende flächendeckende Nutzung von KI auch auf die Entwicklung der deutschen Sprache auswirken werde, hieß es.

Bereits in den vergangenen Jahren sei mit Worten wie "KI-Boom" oder "generative Wende" der Wandel hin zu einer Welt mit künstlicher Intelligenz gewürdigt worden. Dieser Wandel sei nun vollzogen, immer mehr Menschen würden KI nutzen, so die GfdS.

Dies berge sowohl Chancen als auch Risiken. Vor allem möglicher Missbrauch und ein Verlust "an eigenständigem, kritischem Denken, Sprechen und Schreiben" könnten negative Folgen dieses Wandels sein, schrieb die Jury.

(Die Zeit, am 05.12.2025)

Schreiben Sie einen strukturierten Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%) über folgendes Thema:

„Die ‚KI-Ära‘ verändert unsere Art zu denken und zu lernen. Bedeutet diese Entwicklung einen Verlust oder eine Weiterentwicklung menschlicher Intelligenz?“

Deutsche Welle (www.dw.com), von Oliver Pieper am 10.11.2024 (Artikel leicht gekürzt und bearbeitet).

Ampel-Aus trifft auf verunsichertes Deutschland

Die Regierungskoalition ist zerbrochen, zu einem Zeitpunkt, an dem die Stimmung in Deutschland sowieso mies ist. Viele Menschen sind durch Kriege und Krisen verunsichert.

Nach dem Ampel-Aus könnte Deutschland eine Aufmunterung brauchen. Die Regierungskoalition ist zwar jetzt zerbrochen, doch das Ampel-Bashing nach dem Motto "Die Ampel ist an allem schuld" war schon vorher weit verbreitet. Nach einer Umfrage vom September waren nur noch drei Prozent der Befragten davon überzeugt, dass die Regierung gut für das Land sei.

Vor vier Jahren erst hatte John Kampfner, früherer Auslandskorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Deutschland, einen Bestseller gelandet mit dem Titel: "Warum es die Deutschen besser machen". Es war ein überschwängliches Lob für deutsche Politik in schwierigen Zeiten, und das ausgerechnet von einem Briten. Seine Botschaft: Deutschland navigiere erfolgreich durch schwierige Zeiten, und mache es viel besser, als es selbst denkt.

Der DW sagt er: "Ich kenne Deutschland seit mehr als 40 Jahren und ich kann mich nicht an irgendeine Unterhaltung mit einem deutschen Freund und Bekannten erinnern, der mir auf die Frage, wie es Deutschland geht, sagte: 'Uns geht es gut, danke'. Das sagen die Deutschen nicht. Ich halte die deutsche Selbstkritik, die viel mit dem Krieg und der Geschichte zu tun hat, für sehr positiv."

Mit dem Bruch der Ampelkoalition dürfte aber das zunehmen, was Kampfner schon vorher auf die Nerven ging: die Tendenz in Deutschland zum Jammern.

Dabei nimmt die Lebenszufriedenheit der Deutschen nach Studien wie dem Glücksatlas 2024 kontinuierlich zu, nicht zuletzt weil die Corona-Pandemie im Großen und Ganzen überwunden ist und die Inflation sinkt. Kampfner erklärt, warum die Stimmung hierzulande viel schlechter ist als die Lage.

Seine Diagnose: "Die Deutschen sind zu bequem geworden. Sie haben es immer sehr gut gehabt, es gab Stabilität, alles war solide. Aber es gibt keine Kultur der Innovation, dass man mal ein Risiko eingehen muss, etwas neu anfangen muss. Bei der Digitalisierung ist man zum Beispiel im Mittelalter stehengeblieben."

Der bulgarische Politologe Ivan Krastev hat es jüngst so auf den Punkt gebracht: Die letzten 30 Jahre seien für Deutschland so gut gewesen, dass man gerne immer so weiterleben wolle. Doch die Welt habe sich - Stichwort Ukraine-Krieg - radikal verändert. Nun seien ausgerechnet die erfolgsverwöhnten Deutschen gezwungen, ihren Lebensstil zu ändern - dabei sei doch ihre Mentalität, dass alles immer so bleiben soll, wie es ist.

Was braucht es aber, wenn man ein veränderungsunwilliges Land reformieren will? Für John Kampfner: vor allem einen Bundeskanzler, der nicht Schiedsrichter ist, sondern Kapitän, also eine klare Nummer Eins. Vielleicht so wie am Mittwochabend, als er seine Entscheidung, Finanzminister Lindner zu entlassen, mit deutlichen Worten begründete. In der Vergangenheit, so der britische Autor, sei das viel zu selten geschehen: Das Problem der Regierung sei zu 80 bis 90 Prozent ein Scholz-Problem gewesen.

Wie genau kam es, dass die Deutschen so unzufrieden mit der Ampel-Regierung sind? Hedwig Richter, Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, sieht dies auch in der schlechten Kommunikation der Regierung begründet. Sie habe die Bevölkerung wie kleine Kinder behandelt, denen alles Schwere vom Leib gehalten müsse und immer nur ängstlich auf die Demoskopie geschaut.

Auch Richter sieht eine große Verantwortung für den Vertrauensverlust der Regierung bei Bundeskanzler Scholz, der etwa die Grünen bei dem Versuch, eine realistische Klimapolitik zu machen, im Regen stehen lassen. Doch die Versäumnisse, so die Historikerin, hätten ihren Ursprung schon viel früher, unter Bundeskanzlerin Merkel, die Deutschland ab 2005 regierte. Unter ihr habe sich das Land auf dem Polster, das man hatte, dem Wohlstand ausgeruht. Jetzt befinde sich Deutschland in einer Polykrise und trage die harten Konsequenzen. Sie meint: "Die Deutschen dachten, sie können die Migration einfach ignorieren,

ohne eine echte Lösung finden zu müssen. Und sie haben gedacht, sie können die ganzen ökologischen Katastrophen einfach verschieben."

Was ist die Erklärung dafür, dass Deutschland so an der Vergangenheit klebt? Für den Soziologen Harald Welzer sind die Deutschen – insbesondere die Westdeutschen – die Gewinner der Nachkriegszeit gewesen. Und alle haben gedacht, das geht jetzt immer so weiter. Wenn man aber erstmal in diesem Wohlstandsmodell festklebt, hat man natürlich auch gar keine Lust, da irgendetwas von abzugeben.

Um dem ein positives Narrativ entgegenzustellen, hat der Wirtschaftswissenschaftler Marcel Fratzscher jüngst einen deutschen Kennedy-Moment gefordert.

Kennedy hatte 1961 in seiner Antrittsrede zur US-Präsidentschaft gesagt: "Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land machen kannst." Vielleicht ist es das, was Deutschland jetzt braucht: eine Erzählung, die das Land aus dem Jammertal herausholt und Aufbruchstimmung erzeugt.

1/ Fragen zum Text (8 Punkte)

- 1) Was bedeutet "Ampel-Aus" (Zeile 6)? (2 Punkte)
- 2) Warum meint John Kampfer, die Deutschen seien besonders "selbstkritisch" (Zeile 21)? Woher kommt es seiner Meinung nach? Erklären Sie dies mit Ihren eigenen Worten! (2 Punkte)
- 3) Was bedeutet Zeile 44-45 der Ausdruck "ein Scholz-Problem"? Was steht im Artikel, was alles dem Bundeskanzler vorgeworfen wird? Erklären Sie dies mit Ihren eigenen Worten! (2 Punkte)
- 4) Was bedeutet das Wort "Polykrise" (Zeile 58)? Was meint Hedwig Richter damit, wenn sie sagt: Deutschland trage nun "die harten Konsequenzen" (Zeile 58)? Erklären Sie dies mit Ihren eigenen Worten! (2 Punkte)

2/ Schriftlicher Ausdruck (12 Punkte)

Schreiben Sie einen strukturierten Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%) über folgendes Thema:

Am Ende des Artikels steht: "Kennedy hatte 1961 in seiner Antrittsrede zur US-Präsidentschaft gesagt: "Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land machen kannst." Vielleicht ist es das, was Deutschland jetzt braucht: eine Erzählung, die das Land aus dem Jammertal herausholt und Aufbruchstimmung erzeugt."

Erklären Sie, was hier gemeint ist und kommentieren Sie dieses Zitat von John F. Kennedy. Wie ist aktuell die Situation in Deutschland? Fallen Ihnen Ideen ein, wie man Deutschland „aus dem Jammertal“ herausholen könnte und wie „Aufbruchstimmung erzeugt“ werden könnte?

Vertreibungs-Pläne befeuern Debatte um AfD

AfD-Politiker und Neonazis sollen über die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland gesprochen haben. Die wichtigsten Fakten und mögliche Folgen.

Deutsche Welle (www.dw.com), von Peter Hille am 12.01.2024 (Artikel leicht gekürzt und bearbeitet).

Das Netzwerk "Correctiv" hatte am 10. Januar über ein Treffen von Politikern der in Teilen rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) mit Neonazis berichtet. Sie sollen dabei Vertreibungspläne für Millionen Menschen geschmiedet haben.

Im Zentrum des Treffens in Potsdam stand ein Thema, dass die Teilnehmer als "Remigration" bezeichnen. Der Begriff steht für die Rückkehr von Einwanderern in ihr Herkunftsland und stammt eigentlich aus den Sozialwissenschaften.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Kreise meinen mit "Remigration" Massenabschiebungen und Vertreibungen. Im Einladungsbrief zu dem Treffen war laut "Correctiv" von einem "Gesamtkonzept, im Sinne eines Masterplans" die Rede.

Dabei geht es zum einen darum, dass Nicht-Deutsche, etwa Asylsuchende und Menschen, die bereits Aufenthaltsrecht genießen, Deutschland verlassen müssen. Auf dem Treffen in Potsdam wurde jedoch auch die Vertreibung von deutschen Staatsbürgern mit Migrationsgeschichte besprochen, wenn sich diese nicht der Mehrheitsgesellschaft anpassen.

Dies würde gegen die in der deutschen Verfassung festgelegten Grundrechte verstoßen. Dazu gehört, dass niemand wegen seiner Abstammung, Rasse, Sprache, oder seiner Heimat und Herkunft benachteiligt werden darf.

Die Berichte über das Potsdamer Treffen sorgten deshalb bei Vertretern politischer Parteien von der Linken bis zur konservativ-bürgerlichen CDU/CSU für Empörung. "Die Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen erinnern an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte", schrieb der Fraktionsvorsitzende der liberalen FDP, Christian Dürr. [...]

Dass nun, wenn auch empört, über "Remigration" und damit über Vertreibungen diskutiert wird, dürften rechtsextreme Kreise als Erfolg verbuchen. Ihr Ziel ist oftmals, die gesellschaftliche Debatte so zu verschieben, dass auch bisher Undenkbares wieder möglich erscheint.

Laut Correctiv hat der rechtsextreme ehemalige Zahnarzt Gernot Mörig das Treffen organisiert, das am 25. November 2023 im "Landhaus Adlon" stattfand. Er und der Unternehmer Hans-Christian Limmer hätten in ihrem Einladungsschreiben um eine Mindestspende von 5.000 Euro für die Teilnahme gebeten.

Von Seiten der AfD sei unter anderem Roland Hartwig, Berater von Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel, der Einladung gefolgt, sowie die Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy und der Co-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund. Auch einige Parteimitglieder der konservativen CDU sollen teilgenommen haben. Ihnen drohte Generalsekretär Carsten Linnemann nun mit "hartem Durchgreifen".

Wichtigster Gast dürfte jedoch Martin Sellner gewesen sein. Der Österreicher gilt als Vordenker der "Neuen Rechten" sowie der rechtsextremen "Identitären Bewegung" und verfügt über eine hohe mediale Reichweite. In Potsdam sollte er seine Vorstellungen von "Remigration" darlegen.

Diese hat Sellner bereits in Aufsätzen veröffentlicht. Dabei schrieb er nicht nur, dass primär "Asylbetrüger" und "Nichtstaatsbürger, die eine kulturelle, wirtschaftliche und kriminologische Belastung darstellen", abgeschoben werden müssten. Er schloss auch "nichtassimilierte Eingebürgerte" mit ein.

"Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben" - das sagte Bundeskanzler Olaf Scholz von der sozialdemokratischen SPD im vergangenen Herbst in einem Interview mit dem "Spiegel". Diese Einschätzung teilen viele Politiker der Ampel-Regierung wie auch der oppositionellen CDU/CSU.

Die Forderungen der AfD reichen weiter: Bereits seit Jahren sprechen AfD-Politiker von "massenhaften", "millionenfachen" Abschiebungen. Die AfD hat sich dabei auch den Begriff "Remigration" zu eigen gemacht. Doch nicht immer ist klar – oder es wird bewusst unklar gelassen – wen genau dies genau betreffen würde.

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 hatte die Partei eine "Remigrationsagenda" aufgestellt. Am 10. Januar schrieb die AfD auf X von "konsequenter und unbeirrbarer Remigrationspolitik" und forderte "Passenzug für Kriminelle und Remigration".

Auch die CDU will Straftätern leichter den deutschen Pass entziehen können. Doch das ist rechtlich schwer möglich. Eine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft in die Staatenlosigkeit etwa ist nicht erlaubt. Auch anerkannte Flüchtlinge dürfen laut Gesetz nur aus Gründen der "nationalen Sicherheit oder öffentlichen Ordnung" abgeschoben werden.

Seit Bekanntwerden der in Potsdam diskutierten Vertreibungspläne sind Stimmen lauter geworden, die ein Verbot der AfD fordern. Laut Umfragen spricht sich etwa die Hälfte der Deutschen für ein Verbotsverfahren aus. [...]

Nur das Bundesverfassungsgericht kann in Deutschland eine politische Partei verbieten. Zuletzt ist dies im Jahr 1956 geschehen, als die kommunistische KPD verboten wurde. Das Grundgesetz legt fest, dass eine Partei nur dann als verfassungsfeindlich gilt, wenn sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder versucht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

[...] Viele meinen, man solle der AfD nicht dabei helfen, sich im Rahmen eines Verbotsverfahrens auch noch als Opfer zu gerieren. Die AfD ist derzeit die zweitstärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Bei Neuwahlen könnte sie laut Umfragen mit mehr als 20 Prozent der Stimmen rechnen.

Fragen zum Text (8 Punkte)

- 1) Was bedeutet "Remigration", je nachdem, wer dieses Wort benutzt? (2 Punkte)
- 2) Von welchem Treffen ist hier die Rede, wer hat an dem Treffen teilgenommen und worum ging es da? Erklären Sie dies mit Ihren eigenen Worten! (2 Punkte)
- 3) "Die Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen erinnern an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte", schrieb der Fraktionsvorsitzende der liberalen FDP, Christian Dürr. (Zeile 25-27) Erklären Sie mit Ihren eigenen Worten die Bedeutung dieses Zitats und welche Reaktionen, diese Abschiebepläne ausgelöst haben. (2 Punkte)
- 4) Erklären Sie nun den Titel des Artikels "Vertreibungs-Pläne befeuern Debatte um AfD". Wie stark ist heute die AfD? Wann finden die nächsten Bundestagswahlen statt? (2 Punkte)

Schriftlicher Ausdruck (12 Punkte)

Schreiben Sie einen strukturierten Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%) über folgendes Thema:

"Wir müssen die AfD mit politischen Mitteln bekämpfen und nicht juristisch", sagte CDU-Chef Friedrich Merz am 12. Januar der "Rhein-Neckar-Zeitung".

Kommentieren Sie dieses Zitat von Friedrich Merz.

Deutsch-französische Freundschaft in der Bewährungsprobe

Vor 60 Jahren unterzeichneten Bundeskanzler Adenauer und Präsident de Gaulle den Élysée-Vertrag. Aus Erbfeinden sollten Freunde werden. Heute stellt der Ukraine-Krieg die Freundschaft vor neue Herausforderungen.

Deutsche Welle (www.dw.com), von Christoph Hasselbach am 22.01.2023 (Artikel leicht gekürzt und bearbeitet).

[...] Der Zweite Weltkrieg lag noch keine 18 Jahre zurück. Millionen Kriegsteilnehmer auf beiden Seiten hatten noch frische Erinnerungen; die deutsche Propaganda hatte Schulkindern schon lange vor Adolf Hitler eingetrichtert, dass Frankreich der Erbfeind sei. Jahrhundertlang hatten Deutsche und Franzosen gegeneinander gekämpft.

Gerade weil Adenauer und de Gaulle Kriegserfahrungen sogar aus zwei Weltkriegen mitbrachten, hätten sie der Sache "umso größere Glaubwürdigkeit verpasst", sagt Frank Baasner, der Direktor des Deutsch-Französischen Instituts. Trotzdem wäre der Freundschaftsvertrag nicht möglich gewesen, so Baasner, ohne die Bevölkerung beider Länder. Schon lange vor der Unterzeichnung "gab es ja in der Gesellschaft eine sehr schöne, erstaunliche, mutige Annäherung zwischen den Menschen. Es war die Krönung eines Annäherungsprozesses, der aus der Gesellschaft kam. Das dürfen wir nicht vergessen."

Es ging aber nicht nur um Gesten der Humanität. Sowohl Adenauer als auch de Gaulle verfolgten jeweils strategische Ziele. Und die widersprachen sich zum Teil. "Auf Adenauers Seite war ganz klar die Priorität, das war wirklich sein Credo: Wir wollen uns im Westen verankern. Und das hieß, Partnerschaft mit den USA, und es hieß, Aussöhnung mit Frankreich", so Frank Baasner.

De Gaulle andererseits wollte die Bundesrepublik an Frankreich binden, um zu verhindern, dass sie sich mit den USA und Großbritannien gegen Frankreich verbündete. Nur eine Woche zuvor hatte de Gaulle sein Veto gegen einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der EU, eingelegt. US-Präsident John F. Kennedy versuchte sogar, den Élysée-Vertrag zu verhindern. Das gelang ihm nicht. Er erreichte aber, dass die deutsche Seite kurz vor der Ratifizierung des Vertrages im Bundestag eine Präambel einfügte, in der klargestellt wurde, dass die Zusammenarbeit in der NATO und die Partnerschaft mit den USA nicht beeinträchtigt werde. [...]

Trotz dieser Reibereien gleich zu Beginn gilt der Élysée-Vertrag insgesamt als großer Erfolg. Sein Ziel war, durch regelmäßige Beratungen der Regierungen in der Außen- und Sicherheitspolitik "so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen". "Ich glaube, in der Dauer der Zusammenarbeit ist viel entstanden", sagt Frank Baasner. Die französische Seite habe gemerkt, "dass die Deutschen trotz ihrer starken Bindung an die USA nicht die Sache hingeworfen haben, sondern den Vertrag dann doch ausgefüllt haben".

Aber nicht nur Politiker und hohe Beamte sollten zusammenkommen, sondern auch ganz normale Menschen. Im Juli 1963 wurde das deutsch-französische Jugendwerk gegründet. Bis heute hat es etwa zehn Millionen jungen Deutschen und Franzosen durch Austausche das jeweilige Nachbarland nähergebracht.

Zahlreiche Städtepartnerschaften entstanden. [...] Später ging der binationale Kultursender Arte auf Sendung.

Zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages 2003 einigten sich beide Seiten auf regelmäßige gemeinsame Ministerräte. Präsident Emmanuel Macron plädierte 2017 in seiner berühmt gewordenen Sorbonne-Rede zur Zukunft der EU auch für eine Neugründung des Élysée-Vertrags. Daraus entstand 2019 der Aachener Vertrag, der etwa eine deutsch-französische parlamentarische Versammlung und einen Bürgerfonds enthält, um die Menschen noch näher zusammenzubringen.

Die jeweiligen Paare an der Spitze ihrer Staaten oder Regierungen waren beizeiten sehr unterschiedlich und harmonierten mal besser, mal schlechter. Den zupackenden SPD-Kanzler Helmut Schmidt und den aristokratischen Liberalen Valéry Giscard d'Estaing in den 1970er-Jahren verband eine tiefe Freundschaft. Gemeinsam legten sie den Grundstein für eine einheitliche europäische Währung. Den Christdemokraten

Helmut Kohl und den Sozialisten Francois Mitterand trennten Parteizugehörigkeit und Mentalität, doch das Bild 1984, wie beide händehaltend auf dem Soldatenfriedhof Verdun der Toten der Weltkriege gedenken, war ein besonders starkes Symbol der Aussöhnung.

Sehr eng arbeiteten auch die bedächtige Angela Merkel und der hyperaktive Nicolas Sarkozy in der Eurokrise ab 2008 zusammen, so dass Medien die Wortsymbiose Merkozy schufen. Der Begriff Merkron (für Merkel und Macron) wollte dagegen nie so richtig zünden, weil beide wenig harmonierten, und eine Wortverbindung aus Emmanuel Macron und Olaf Scholz, dem aktuell amtierenden deutschen Bundeskanzler, wurde nicht einmal versucht.

Bei gemeinsamen Auftritten bekräftigen Macron und Scholz gern rituell die engen Beziehungen beider Länder, aber von persönlicher Nähe ist bisher nicht viel zu spüren. Auch politisch knirscht es im Moment, zum Beispiel im Umgang mit dem Ukraine-Krieg. Erst spät reisten Macron und Scholz gemeinsam nach Kiew. Bei den Waffenlieferungen an die Ukraine ist Scholz immer wieder zögerlicher als Macron. [...] Auch bei den gemeinsamen Rüstungsprojekten, zum Beispiel bei der Entwicklung eines Kampfflugzeugs, kommen beide Seiten nur sehr langsam voran.

Frank Baasner will die Probleme nicht überbewerten. "Die Fähigkeit, auch in Krisensituationen den Dialog zu finden, die ist ja nicht weg. Es ist richtig, die Interessenunterschiede sind da, und auch die strategischen Ausrichtungen sind vielleicht verschieden. Deutschland hat immer Schwierigkeiten gehabt mit so etwas wie einer geostrategischen Sicht auf die Welt, Frankreich hat das immer gemacht. Jetzt ist Deutschland vielleicht so weit, es auch tun zu müssen." Insofern sieht er gute Chancen, dass beide Partner wieder näher zueinanderfinden. [...]

1/ Fragen zum Text (8 Punkte)

- 1) Erklären Sie folgendes Zitat aus der Einleitung zum Artikel : « Aus Erbfeinden sollten Freunde werden. » (2 Punkte)
- 2) Warum sagt Frank Baasner, dass Deutschland und Frankreich damals, in den sechziger Jahren, unterschiedliche strategische Interessen verfolgten? Erklären Sie dies mit Ihren eigenen Worten! (2 Punkte)
- 3) Nennen Sie einige bekannte deutsch-französische Paare, die hier im Text zitiert werden, und erklären Sie mit Ihren eigenen Worten, wie sie sich verstanden haben. (2 Punkte)
- 4) Wie ist die Situation heutzutage? Vor welchen Herausforderungen steht heute diese Freundschaft? (2 Punkte)

2/ Schriftlicher Ausdruck (12 Punkte)

Schreiben Sie einen strukturierten Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%) über folgendes Thema:

„Vielleicht keine innige, aber eine notwendige Freundschaft ist das“, sagt Claire Doutriaux, Erfinderin der Arte-Sendung „Karambolage“. „Sie ist ein Rahmen, der nicht gesprengt werden darf.“

Kommentieren Sie dieses Zitat aus einer Sendung, die am 16.01.2023 im SWR2 ausgestrahlt wurde. Wie stehen Sie selbst zu diesem Thema?

SESSION 2022

Bundestag nähert sich der Impfpflicht an

Erstmals debattiert das Parlament über eine allgemeine Impfpflicht. Es sind mehr Redner dafür als dagegen. Aber bevor eine Pflicht kommen könnte, sind noch viele Details zu klären. Noch ist das Bild diffus.

Deutsche Welle (www.dw.com), von Jens Thureau am 26.01.2022 (Artikel leicht gekürzt und bearbeitet).

Sie ist hoch umstritten, komplex. Für viele ist sie der Weg aus der Pandemie, für andere eine Freiheitsberaubung: eine allgemeine staatliche Pflicht, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen. Tatsächlich gibt es sie bislang nur in wenigen Staaten. In Europa etwa hat lediglich Österreich sich schon endgültig dafür entschieden. Die Regel soll dort ab dem 1. Februar greifen. In Deutschland wurde bisher nur beschlossen, dass ab Mitte März eine Impfpflicht für Beschäftigte in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern oder Pflegeheimen gelten soll.

Aber auch eine allgemeine Impfpflicht könnte in Deutschland eingeführt werden, falls der Bundestag das beschließt. Am Mittwoch hat das Parlament erstmals darüber diskutiert - in einer Orientierungs-Debatte, ohne Beschluss also. Ein Meinungsbild.

Voll ist es im Plenarsaal, zumindest zu Anfang der Vier-Stunden-Debatte. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist da, Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Zu Beginn mahnt Parlamentspräsidentin Bärbel Bas (SPD) zur sachlichen Debatte. Die Menschen seien von Corona erschöpft, sagt sie und mahnt: "Bedenken wir dabei, dass die Menschen in dieser angespannten Zeit von uns vor allem Orientierung erwarten."

Lange Zeit seit Beginn der Corona-Krise hatten die meisten Politiker in Deutschland eine Impfpflicht ausgeschlossen, mittlerweile ist die neue Regierung unter Bundeskanzler Scholz dafür. Freiwillig lassen sich bisher nicht genug Bürger impfen, die Quote lag am Mittwoch bei 73,6 Prozent (vollständig Geimpfte).

Das Problem: Nicht alle Abgeordneten von SPD, Grünen und FDP sehen das so. Eine eigene Mehrheit im Parlament in dieser Frage ist der neuen Regierung, erst seit Dezember im Amt, keineswegs sicher.

Deshalb hat die Regierung vorgeschlagen, dass die Abgeordneten vom so genannten Fraktionszwang befreit werden und sich in Partei-übergreifenden Gruppen für oder gegen eine Impfpflicht sammeln sollen. Einen eigenen Antrag bringen die Regierungsfaktionen also nicht ein.

Fraktionszwang? Befreiung davon? Natürlich ist jede Abgeordnete, jeder Abgeordnete frei in allen Entscheidungen. Aber bei den meisten Abstimmungen wird erwartet, dass sich die Fraktionen an die Pläne der Führung halten. Das geschieht auch meist.

Aber es gab im Bundestag schon oft Fragen, bei denen dieser informelle Druck von vornherein beseitigt wurde. Die Abgeordneten wurden offiziell ermuntert, offen zu diskutieren, Verbündete für die eigene Position auch in anderen Fraktionen zu suchen. Das war so etwa bei Abstimmungen über Themen wie der Sterbehilfe oder beim Thema Schwangerschaftsabbrüche - bei Gewissensfragen also. Es bilden sich Gruppen. Ganz am Ende stellt sich heraus, welcher Gruppenantrag eine Mehrheit findet.

Drei solcher Gruppen zeichnen sich derzeit im Bundestag ab. Ein unübersichtliches Bild. Noch dazu ist die Fraktion der "Alternative für Deutschland" (AfD) kategorisch nicht nur gegen eine Impfpflicht, sondern auch gegen alle Corona-Beschränkungen.

Auch die Gruppe, die Wolfgang Kubicki von der FDP, Vizepräsident des Bundestags, initiiert hat, ist gegen eine Impfpflicht. Aber aus ganz anderen Gründen. Kubicki betont, selbst geimpft zu sein. Er bedankt sich bei den Entwicklern der Impfstoffe, erinnert aber daran, dass lange fast alle Parteien gegen eine Impfpflicht gewesen seien: "Der Gedanke dabei war grundlegend: Dass nämlich der staatliche Eingriff ab einem bestimmten Zeitpunkt enden muss, wenn alle ein Impf-Angebot erhalten haben. Und ein jeder das individuelle Lebensrisiko wieder selbst trägt."

Zwei weitere Gruppen im Parlament befürworten eine Impfpflicht - und die meisten Abgeordneten am Rednerpult an diesem Mittwoch, so scheint es, tendieren zu einer dieser beiden Gruppen. Eine Gruppe will, dass sich alle Menschen ab 18 Jahren impfen lassen müssen. Gesundheitsminister Karl Lauterbach gehört zu dieser Gruppe, ebenso Bundeskanzler Olaf Scholz. Lauterbach mahnt zur Eile: Er sagt: "Wir kommen nicht weiter, indem wir das Problem von uns wegschieben. Wir brauchen für die Umsetzung der Impfpflicht mindestens fünf bis sechs Monate. Das heißt: Wenn wir jetzt beschließen und umsetzen, dann sind wir im

Herbst gerüstet." Dann also, wenn eine mögliche weitere Corona-Welle wieder zu einem Anstieg der Infektionen führen könnte.

Eine dritte Gruppe spricht sich für eine Pflicht zur Impfung für Menschen ab 50 Jahren aus. Die Impfpflicht für die besonders gefährdeten Menschen über 50, sei eine Art Mittelweg. Ziel ist es, so die Befürworter dieser Lösung, die Zumutung der Pandemie endlich zu beenden. Und die Gesellschaft nicht weiter zu spalten.

Falls aus allen Ideen und Vorschlägen am Ende ein Entwurf für eine allgemeine Impfpflicht eine Mehrheit bekommt, dann, so hieß es aus der Regierung, könne ein entsprechendes Gesetz bis Ende März verabschiedet werden.

Noch sind viele Details ungeklärt: Wie hoch wären die Bußgelder, wenn die Menschen sich nicht impfen lassen? Wie lange sollte die Pflicht gelten? Wie kann man das rechtlich sauber formulieren? Es wird ein mühsamer Weg, soviel steht fest.

Wortschatz: das Bußgeld = das Strafgeld.

Fragen zum Text (8 Punkte)

- 1) Was ist eine „Orientierungs-Debatte“ (Zeile 10)? Waren viele Abgeordnete anwesend? (2 Punkte)
- 2) Wie war Ende Januar, als dieser Artikel verfasst wurde, das Stimmungsbild im Bundestag? Das heißt: Welche Anträge für oder gegen eine Impfpflicht waren zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt? Erklären Sie dies mit Ihren eigenen Worten! (2 Punkte)
- 3) Was erfährt man über den so genannten „Fraktionszwang“ im Text (Zeile 25 und 28)? (2 Punkte)
- 4) Was bedeutet am Ende des Artikels, dass es „ein mühsamer Weg“ sein wird (Zeile 68)? Und warum vertritt der Journalist diese Meinung? (2 Punkte)

Schriftlicher Ausdruck (12 Punkte)

Schreiben Sie einen strukturierten Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%) über folgendes Thema :

Wie stehen Sie selbst zu diesem Thema? Ist für Sie eine allgemeine staatliche Impfpflicht der Weg aus der Pandemie oder eine Freiheitsberaubung?